Grünzeux

Informationen aus dem Kreistag Borken

von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

1400 MENSCHEN PROTESTIEREN IN AHAUS GEGEN ATOMMÜLL

Regen, Hagel und Wind zum Trotz waren 1400 Menschen unterstützt von gut 80 Traktoren in Ahaus unterwegs, um ein klares Zeichen dagegen zu senden, dass Ahaus ein Zwischen-Endloslager für Atommüll wird. Lauter, bunter fröhlicher Protest gegen Transporte aus Jülich und Garching.

Wir freuen uns, dass so viele Grüne aus dem Münsterland und auch aus den Niederlanden dabei waren. Besonders haben wir uns über die Unterstützung der Sprecherin für Energiepolitik und Klimaschutz der Grünen Landtagsfraktion, Wibke Brems, gefreut, die uns in Ahaus unterstützt hat!

Die Genehmigung für das Zwischenlager in Ahaus läuft im Jahr 2036 aus. Weil es bis dahin kein Endlager in Deutschland geben wird, besteht die Gefahr, dass der hochradioaktive Atommüll noch viel länger in Ahaus bleiben wird. Eine neue Genehmigung für die Lagerung von schwach- und mittelradioaktivem Müll ist bereits beantragt – und zwar bis ins Jahr 2057.

Um der Fordergung gegen unsinnige Atommüll Transporte nach Ahaus Nachdruck zu verleihen, haben in Ahaus 1400 Menschen gegen neue Castor-Transporte demonstriert. Noch in diesem Jahr könnten weitere Atommüll-Lieferungen aus dem ehemaligen Kernforschungszentrum Jülich nach Ahaus erfolgen. Außerdem soll theoretisch waffenfähiger Brennstoff aus dem Forschungsreaktor FRM II aus Garching bei München ins Münsterland geschafft werden.

Die Genehmigung für das Jülicher Zwischenlager, in dem etwa 290.000 Brennelementekugeln aus dem Versuchs-AKW des Forschungszentrums in 152 Castoren stehen, ist bereits 2013 abgelaufen – und wurde notdürftig immer wieder verlängert. Denn die mit Ende der Betriebsgenehmigung drohenden 152 risikoreichen Castor-Einzeltransporte nach Ahaus sorgen schon ab 2010 für massive Proteste.

Der Bau eines neuen, sicheren Zwischenlagers vor Ort in Jülich als naheliegende Lösung wurde dagegen verhindert: Wohl aus Sorge um das eigene Image hat das Forschungszentrum seine Zusage zur Bereitstellung eines Grundstücks im November 2018 zurückgezogen – obwohl das Ergebnis einer Umweltverträglichkeitsprüfung positiv war.

„Die Bundesregierung arbeitet bei der Frage des Atommüll-lagers in Jülich mit üblen Tricks“, kritisiert der Bundestagsfraktionsvize der Grünen, Oliver Krischer. Bundes- und Landesregierung müssen jetzt Druck auf das Forschungszentrum machen: „Die einzig vernünftige Lösung ist es, den illegalen Zustand in Jülich zu beenden, indem dort ein genehmigtes Lager errichtet wird“, sagt Krischer

Das Urheberrecht gilt auch im Netz. Und wer arbeitet, soll für die eigene Arbeit bezahlt werden. Es ist deshalb richtig, dass die EU-Kommission das Urheberrecht reformieren möchte. Die Vorschläge der Kommission zur Einführung von Uploadfiltern und eines EU-Leistungsschutzrechtes führen jedoch zur Löschung von Inhalten, aber nicht zu mehr Einnahmen für Urheberinnen und Urheber.

Der Unterschied zwischen einer Urheberrechtsverletzung und journalistischen Einordnung oder Satire ist für automatisierte Programme nicht erkennbar. Es ist deshalb anzunehmen, dass Inhalte vorsorglich gelöscht werden, obwohl sie gar keine Urheberrechte verletzen. Ein EU-Leistungsschutzrecht macht bereits die Darstellung von Vorschautexten eines Artikels oder einer Nachricht von der vorherigen Lizenzierung abhängig. Rechtliche Unsicherheit droht, was dargestellt werden darf und was nicht. Wie die Uploadfilter führt das im Zweifelsfall dazu, dass Inhalte blockiert werden. Das schränkt die Freiheit des Internets massiv ein.

Wir wollen ein modernes Urheberrecht schaffen und neue Regeln für die marktbeherrschenden Internetkonzerne aufstellen. Große Plattformen sollten Lizenzen erwerben und bezahlen müssen. Um Urheberinnen und Urheber endlich angemessen an den Erlösen zu beteiligen, wollen wir ihre Rechte gegenüber den Verwertungsgesellschaften wie der Gema stärken.

GRÜNE: EINGRIFFE IN NATUR UND LANDSCHAFT ONLINE STELLEN

Antrag an den Umweltausschuss: Kreisverwaltung muss ein Verzeichnis der Kompensationsmaßnahmen ins Internet stellen

Das Bundesnaturschutzgesetz verpflichtet Verursacher von Eingriffen dazu, bauliche Eingriffe in Natur und Landschaft durch Maßnahmen des Naturschutzes oder der Landschaftspflege auszugleichen oder zu ersetzen (§ 15 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG). Solange der Bundesgesetzgeber keine entsprechenden Regelungen trifft, richtet sich das Nähere zur Kompensation von Eingriffen nach Landesrecht (§ 15 Abs. 7 BNatSchG).

Einschlägig für Ausgleichsmaßnahmen ist in NRW § 31 ff. Landesnaturschutzgesetz. Hier werden als Ausgleichsmaßnahmen wie in § 15 Bundesnaturschutzgesetz „Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege“ genannt.

„Fachlich gut umgesetzte Ausgleichsmaßnahmen bieten die Möglichkeit, Natur und Landschaft in den betroffenen Bereichen ökologisch aufzuwerten und so einen Beitrag zur Sicherung der biologischen Vielfalt zu leisten – eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Hand insbesondere vor dem Hintergrund des massiven Artensterbens,“ sagt Maja Saatkamp, Umweltexpertin der Grünen Kreistagsfraktion. Damit sichergestellt werden kann, dass Ausgleichsmaßnahmen rechtskonform umgesetzt und die entsprechenden Flächen angemessen gepflegt werden, obliegt es den Kreisen, Ausgleichsmaßnahmen zu dokumentieren und deren Umsetzung zu überprüfen. Zu diesem Zweck verlangt das Landesnaturschutzgesetz von den unteren Naturschutzbehörden, Kompensationsverzeichnisse für die in ihrem Zuständigkeitsbereich durchgeführten Kompensationsmaßnahmen zu führen (§ 34 LNatschG). Dabei sind auch Maßnahmen zur Sicherung des Biotopverbunds zu berücksichtigen. Die Kompensationsverzeichnisse sind gemäß § 34 LNatschG im Internet zu veröffentlichen.

Im Kreis Borken bearbeitet und betreut die Stiftung Kulturlandschaft die Kompensationsmaßnahmen, aber entgegen der rechtlichen Anforderungen hat der Kreis Borken bis heute kein Kompensationsverzeichnis im Internet veröffentlicht. Dadurch ist es bis heute für die Öffentlichkeit, den Naturschutz und die zur Durchführung von Kompensationsmaßnahmen verpflichteten Personen nicht möglich, auf unkomplizierte Weise den Stand der Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen im Kreis Borken einzusehen.

„Im Interesse des Naturschutzes, der Rechtssicherheit und der Transparenz ist es geboten, zeitnah ein Verzeichnis über die im Kreis Borken durchgeführten Kompensationsmaßnahmen online zu stellen,“ fordert Saatkamp daher von der Kreisverwaltung.

Die Grünen haben deshalb zur kommenden Sitzung des Umweltausschusses des Kreistags einen Antrag gestellt, mit dem die Kreisverwaltung aufgefordert wird, entsprechend der gesetzlichen Vorgaben zeitnah ein Verzeichnis über die im Kreis Borken durchgeführten Kompensationsmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft im Internet zu veröffentlichen. Außerdem wollen die Grünen, dass die Kreisverwaltung über die Umsetzung im Ausschuss für Umwelt informiert und dabei auch sie die Kompensationsmaßnahmen und -flächen der vergangenen Jahre vorstellt.

ANFRAGE ZUR AUSBILDUNGSDULDUNG

Haben lernwillige Asylbewerber im Westmünsterland eine Chance?

Am 6. August 2016 trat das Integrationsgesetz in Kraft, mit dem erstmals ausdrücklich der Anspruch auf Erteilung einer Duldung zum Zwecke der Ausbildung unabhängig von Alter und Herkunftsland ins Aufenthaltsgesetz aufgenommen wurde. Laut Gesetzesbegründung sollte die Neufassung des §60a AufenthG dazu dienen, für Auszubildende und Ausbildungsbetriebe mehr Rechtssicherheit zu schaffen und ‚das diesbezügliche aufenthaltsrechtliche Verfahren zu vereinfachen'.

Die bisherigen Erfahrungen in vielen Kommunen zeigen jedoch, dass sich die Erteilung der Ausbildungsduldung trotz des gesetzgeberischen Ziels in der Praxis oftmals schwierig gestaltet. Vor diesem Hintergrund möchte die Grüne Kreistagsfraktion in der nächsten Sitzung des Kreistagsausschusses für Sicherheit und Ordnung von Landrat Zwicker erfahren, wie viele Personen im Kreis Borken seit 2016 eine sogenannte Ausbildungsduldung erhalten haben und wie viele Anträge auf Erteilung einer Ausbildungsduldung seit 2016 von der Ausländerbehörde abgelehnt wurden.

Die Grünen verweisen auf Zahlen der IHK, nach denen Deutschland bereits jetzt jedes Jahr auf eine Zuwanderung von 300.000 Menschen, die dem Arbeitsmarkt als Fachkräfte zur Verfügung stehen könnten, angewiesen sei. Deshalb wollen die Grünen wissen, ob die Ausländerbehörde ausbildungswilligen Asylbewerber im Westmünsterland Ausbildungsbewilligungen in erheblichem Umfang versage. Denn, so Jens Steiner, Vorsitzender des für die Ausländerbehörde zuständigen Kreistagsausschusses für Sicherheit und Ordnung, „Arbeit ist eines der besten Integrationsmittel, das man sich vorstellen kann." Selbstverständlich müsse dies auch an gewisse Voraussetzungen, wie beispielsweise regelgerechtes Verhalten oder Anerkennung unserer Rechtsordnung gebunden sein. Aus Sicht der Grünen sei es „wichig, ein solches hier bei uns existierende Potenzial nicht ungenutzt zu lassen."

Steiner verweist darauf, dass das Asyl- und Ausländerrecht sehr komplex seien und die einschlägigen Verordnungen und Gesetze der Ausländerbehörde sowohl Beurteilungsspielräume – die gerichtlich nicht nachprüfbar seien – und Ermessenspielräume einräumen, die in den kommunalen Ausländerbehörden sehr unterschiedlich gehandhabt würden. Erst wenn Asylverfahren abgelehnt worden sei, ermögliche dies eine Ausbildungsduldung; vorher sei eine solche Ausbildungsduldung eine reine Ermessensentscheidung.

GUTE BILDUNG VON ANFANG AN

Diskussion mit Josefine Paul MdL über die künftige Finanzierung der Kitas

Josefine Paul, stellvertretende Vorsitzende der grünen Landtagsfraktion NRW und Sprecherin für Kinder, Jugend und Familie war gestern zu einem spannenden Diskussionsabend rund um die von der Landesregierung geplanten Reform des Kinderbildungsgesetzes (Kibiz) im Music Club Attic in Ahaus. Die aktuelle Debatte zur Reform des Kinderbildungsgesetzes wollen die Grünen konstruktiv-kritisch begleiten und sich dafür einsetzen, dass dabei nicht nur Zahlen hin und her geschoben, sondern „die Bedürfnisse der Kinder und die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher ins Zentrum der Betrachtung genommen werden," sagte die Landtagsabgeordnete.

Paul sagte, es werde mehr Personal und in Teilen auch kleinere Gruppen benötigt, um die geplanten flexibleren Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten realisieren zu können. Die aktuell herrschenden Arbeitsbedingungen seien in vielen Kitas weit von der gesetzlichen Regelung entfernt und Krankheitsausfälle oder Urlaubsfälle würden zu einer konstanten personellen Unterversorgung in den Kitas führen.

Die jetzigen Umstände seien auch für den eklatanten Mangel an Fachkräften verantwortlich. „Wer möchte schon einen Beruf erlernen, der mit einer solch hohen Belastung assoziiert wird", fragte Josefine Paul. In den Kitas sei es fünf nach zwölf, wenn es um die Qualitätssicherung und den Betreuungsschlüssel geht, wurde auch von den mitdiskutierenden Praktikern bestätigt. Vor allem die Fachkräfte in den Kitas brauchen eine stärkere Unterstützung.

Der 3. März ist der Tag des Artenschutzes. Er ist ein im Rahmen des Washingtoner Artenschutzübereinkommens eingeführter internationaler Aktions- und Gedenktag. Allein in Deutschland stehen 32.000 Tiere, Pflanzen und Pilze auf der Roten Liste – ein Drittel dieser Arten sind im Bestand gefährdet oder bereits ausgestorben. Deshalb brauchen wir eine Agrarwende: weg von Gift auf dem Acker, weg von einer Landwirtschaft, die die Natur ausnutzt und gegen den Artenreichtum arbeitet, hin zu einer besseres Umsetzung und Finanzierung des Naturschutzes.

Der öffentliche Druck auf die Regierung wächst, mehr für den Naturschutz zu tun. Die Ignoranz der Bundesregierung gegenüber dem Artensterben wird von immer mehr Menschen laut kritisiert. Der Erfolg des „Volksbegehrens Artenschutz – Rettet die Bienen" in Bayern zeigt, dass es den Menschen ernst ist, mit einem besseren Umwelt- und Naturschutz. .

Aber so lange die Bundesregierung die Agrarpolitik nicht reformiert, wird das Insektensterben weiter voranschreiten. 60 Milliarden Euro werden gegenwärtig Jahr für Jahr im Rahmen der europäischen Agrarpolitik mit schädlichen Effekten für die Natur ausgegeben. Dagegen hilft nur eine Umstrukturierung der EU-Agrarpolitik. Deutschland verfehlt sämtliche Biodiversitätsziele, zu denen es sich national und international verpflichtet hat.

LANDSCHAFTSPLANUNG

Seminar im Grünen Büro in Borken

Landschaftsplanung ist ein wichtiges Instrument für (kommunale) Planungen. Deshalb hatten der OV Borken sowie die Grünen Fraktionen im Rat und im Kreistag Borken Jörg Haafke, Dipl.-Ing. Landschaftsplanung und langjähriger Mitarbeiter der Grünen Landtagsfraktion, zu einem Seminar zu dne wesentlichen Grundlagen der Landschaftplanung eingeladen.

Auch bei intensiver Land- und Bodennutzung ist Naturschutz und Landschaftspflege notwendig und möglich. Mit Hilfe der Landschaftsplanung können hierzu flächendeckend auf verschiedenen Planungsebenen die grundlegenden Informationen und Zielaussagen geliefert werden.

Unter der fachkundigen Moderation von Jörg diskutierten die Teilnehmer über verschiedene Arten der Planung und die Rolle für die Abgrenzung von Landschafts- und Naturschutz in Relation zu Flächen für Windkraftanlagen, über Vorgaben und Regelungen bzw. Berechnungen für Ausgleichsmaßnahmen sowie über Baumschutzsatzungen und die Schutzwürdigkeit von Baumpersönlichkeiten auch im Außenbereich.

HAPPY NEWROZ!

Feier zum kurdischen Neujahrsfest

Es ist ein Fest, das auch den Frühlingsanfang markiert und zum Symbol der Hoffnung, Einigkeit, und des Neuanfangs, - er vielerorts auch ein Zeichen des polititschen Widerstands gegen Unterdrückung geworden ist: Das kurdische Neujahrsfest Newroz.

Newroz gilt als eines der ältesten Feste der Welt, das von den Kurden seit mehr als 2.600 Jahren gefeiert wird. Der Legende nach gelang es dem kurdischen Schmied Kawa sein Volk von einem grausamen Herrscher Zah□k zu befreien. Nach dem er den Tyrannen getötet hatte, entzündete er auf einem Berggipfel ein Feuer als Zeichen des Sieges.

Auf Einladung von Siggi und Christina Martsch wurde in diesem Jahr auch in Borken Marbeck das Newroz Fest gefeiert. Mit dabei auch die Fraktionsvorsitzende der Grünen Kreistagsfraktion Gertrud Welper. Gelebte Integration und Kulturaustausch bei bester Stimmung und guten Gesprächen ließen das Fest zu einem vollen Erfolg werden. Bei kurdischen Köstlichkeiten verbrachten die Besucherinnen und Besucher einen tollen Tag.

GRÜNE FRAGEN NACH FOLGEN DES ÖLAUSTRITTS

Wibke Brems MdL stellt im Landtag eine Kleine Anfrage, zur Situation im Amtsvenn in Gronau-Epe

Am 12. April 2014 quoll in Epe Öl aus der Erde, dass es dort nicht hätte geben dürfen und verunreinigte sowohl Grundwasser als auch den Boden. Die Weiden mehrerer Bauern wurden verseucht, ein Landwirt musste zehn seiner Kühe notschlachten lassen, weil sie von dem braunen Wasser getrunken hatten.

Das Erdöl stammte aus einer Kaverne, also einem Lagerraum in einem Salzstock, der sich unterhalb eines Naturschutzgebietes befindet. In der Kaverne, die durch den Abbau von Salz entstand, lagert die Salzgewinnungsgesellschaft Westfalen (SGW) im Auftrag des staatlichen Erdölbevorratungsverbands das Rohöl.

Am 23. und 24. Februar 2014 kam es in der Speicherkaverne S5 im zu einem Druckabfall. Dieser wurde untersucht, jedoch ohne den Befund eines Defekts oder einer technischen Unregelmäßigkeit. Kurze Zeit später, am 12. April, wurde dann an der Oberfläche, wenige hundert Meter von der Speicherkaverne entfernt, das Rohöl entdeckt.

Wie sich herausstellte, waren in Folge des Defekts an einer Rohrverbindung erhebliche Mengen Rohöl ausgetreten und drangen aus einer Tiefe von über 200 Metern zum Teil bis an die Oberfläche. Maßnahmen zur Lokalisierung und Beseitigung der Leckage sowie zur Sanierung der durch Rohölaustritt in Mitleidenschaft gezogenen Bereiche wurden eingeleitet. Auch wurde seitens der zuständigen Bezirksregierung Arnsberg festgelegt, dass zur Erhöhung der Sicherheit die Verrohrung der Rohölspeicherkavernen im Kavernenfeld Gronau-Epe zukünftig in ein „Doppelverrohrungssystem mit Kontrollraum“ zu überführen ist.

Die jüngsten Informationen zum Stand der Sanierungsmaßnahmen und der Umrüstung der Verrohrung der Rohölkavernen gingen dem Unterausschuss Bergbausicherheit im März 2017 zu. Zu diesem Zeitpunkt war die Sanierung der drei durch Rohöl verseuchten Bereiche annähernd abgeschlossen, waren diese Bereiche mit einem Drainagesystem zum Abpumpen von Öl-Wasser-Gemisch versehen und war ein System zum Monitoring des Grundwassers installiert worden.

Die Sprecherin für Energiepolitik und Klimaschutz der Grünen Landtagsfraktion, Wibke Brems MdL, hat daher nun in einer kleinen Anfrage die Landesregierung um aktuelle Informationen zum Fortgang der Arbeiten in Gronau-Epe gebeten. Sie möchte wissen, wie der Stand der Umrüstung der vier als Ölspeicher genutzten Kavernen sowie der einen potenziell als Ölspeicher nutzbaren Kaverne auf das Doppelverrohrungssystem ist. Außerdem fragt Brems, zu welchen Ergebnissen die Überwachung an Grundwassermessstellen, Tiefenbeobachtern, Erkundungsbohrungen, den Sammelschächten an der Dichtwand sowie den Dränboxen im Bereich der Fundstellen geführt hat.

Auch das komplette Maß der Verunreinigung des Bodens durch das ausgetretene Öl möchte Wibke Brems in Erfahrung bringen und fragt die Landesregierung, wie sich der Ölaustritt an der Grenze von Quartär und Unterkreide entwickelt und ob sich gegebenenfalls eine räumliche Verbreitung des Öls in Quartär und/oder Unterkreide beobachten lässt.

Abschließend fragt die Abgeordnete nach der Dichtwand, deren Aufgabe es ist, sicherzustellen, dass eine Ausbreitung von Öl im Grund- oder Oberflächenwasser über den durch die Dichtwand begrenzten Bereich ausgeschlossen ist.

Neu erschienen!

„Das Münsterland – Die Gärten und Parks e.V.“ und Münsterland e.V. geben auch in diesem Jahr die beliebte Gartenbroschüre heraus. Sie enthält auf mehr als 140 Seiten eine Übersicht über Veranstaltungen, Gartenakademieangebote und -pauschalen sowie zahlreiche Adressen zum Thema Garten und Tourismus. Die Vielfalt der Angebote reicht von „Morgentau und Kräuterduft“, „Beschwingt durch den Dahliengarten“ über „Vitalbeeren und Powerfrüchte“ bis hin zu „Drahtesel trifft fette Henne“ und der bekannten Veranstaltungsreihe „Trompetenbaum und Geigenfeige“.

Das Münsterland verfügt über eine Vielfalt attraktiver Parkanlagen und Gärten. Große Schlossparks und idyllische Renaissancegärten gehören ebenso dazu wie Kräuter- und Bauerngärten, moderne Landschaftsparks, botanische Gärten und phantasievolle Gärten in Privatbesitz. Mit seinem einzigartigen Angebot hat sich das Münsterland einen der ersten Plätze im deutschen Gartentourismus erobert. Die Gartenbroschüre ist kostenlos erhältlich beim Münsterland e.V. Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.gaertenundparks.de.

STRAFANZEIGE WEGEN VANDALISMUS

Sachbeschädigungen im Naturschutzgebiet „Fürstenkuhle“

Die „Fürstenkuhle“ ist ein 99 ha großes Naturschutzgebiet bei Gescher. Sie hat sogar den Status eines Schutzgebietes von europäischem Interesse Geschützt wird dort eine reiche Flora und Fauna, die zum Teil sehr empfindlich auf Störungen reagiert. Angesichts dieses besonders sensiblen Hintergrunds hat die Untere Naturschutzbehörde des Kreises Borken in Zusammenarbeit mit örtlichen Natur- und Heimatfreunden in den vergangenen Jahren ein Konzept entwickelt, wie das Areal dennoch in behutsamer Weise für die Öffentlichkeit geöffnet werden kann. Nachdem die vorgesehenen Maßnahmen umgesetzt wurden, kam es leider immer wieder zu Sachbeschädigungen vor allem an installierten Wegesperren. Gerade jüngst gab es mehrere solche Vorfälle offensichtlich vorwiegend in den Nachmittag- und Abendstunden an Wochenenden. Dies hat den Kreis nun veranlasst, Strafanzeige gegen Unbekannt zu stellen.

Im betroffenen Gebiet sind Reifenspuren eines motorisierten Fahrzeuges sowie von Fahrrädern vorgefunden worden. Da vor allem Barrieren für Fahrräder beschädigt bzw. aus dem Weg geschafft wurden, könnten Moutain-Biker dort verbotswidrig gefahren sein.

RVM SOLL BEI UMLEITUNGEN BESSER PLANEN

Grüne: Busse bei Großveranstaltungen passgenauer umleiten

Die Grüne Kreistagsfraktion bemängelt, dass die Umleitungsregelungen der Regionalverkehr Münsterland (RVM) bei Großereignissen in der Region in der Regel zu großzügig bemessen sind. Für die Fahrgäste ist dies ein vermeidbarer Servicemangel, sagt der Nahverkehrsexperte der Grünen Fraktion im Kreistag, Richard Henrichs. So wurden beispielsweise am Rosenmontag die wegen der Umzüge eingerichteten Umleitungen nicht unmittelbar nach dem Ende der Feiern aufgehoben, sondern bis zum Betriebsschluss an diesem Tag beibehalten. „Hier kann die RVM passgenauer planen, denn für die Fahrgäste nicht nachvollziehbar, wieso auch Stunden nach einem Großereignis, der planmäßige Bus nicht kommt.“

Auch bei der angekündigten zweistündigen Demonstration Anti-Atom Demo ist die Ahauser Innenstadt ganze 10 Stunden lang nicht angefahren wurden. Stattdessen wurde auf die „stadtnahe“ Haltestelle Krankenhaus verwiesen. Hinweise für den Umstieg auf andere Linien, ein Hinweis auf die Umstiegsgarantie vom Schnellbus S70 in den Regionalbus R76 fehlten in der Störungsmeldung ebenso wie der Verweis auf die Bahnhofsnähere Haltestelle „Moorbach-Siedlung“, die trotz Umleitung noch angefahren wurde. Dabei hätte eine Umleitung von maximal 11 bis 16 Uhr vollkommen ausgereicht hätte. „Mindestens fünf Stunden lang, sind die Haltestellen in der Innenstadt vollkommen unnötig nicht bedient worden,“ so Henrichs. Fahrgäste hätten aufgrund der langen Umleitungsgregelung nicht zu ihren gewohnten Versorgungseinrichtungen in der Ahauser Innenstadt gelangen können.

Die Grünen betonen, es sei „gemeinsames Interesse von RVM und Grünen, dass Teilnehmer und Besucher von Großveranstaltungen nach Möglichkeit auf den ÖPNV umsteigen, um die Verkehrs- und Stellplatzsituationen, die gerade mit Großveranstaltungen einhergehen, zu entschärfen“, sagt Dietmar Eisele, stellvertretender Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Kreistags. Die Grünen fordern die RVM auf, die Kritik zum Anlass zu nehmen, künftige Umleitungen auf das tatsächlich Nötige zu beschränken.

EQUAL PAY DAY TICKETS

Eisele: RVM soll Beispiel der BVG folgen

Am 18. März 2019 war der sog. Equal Pay Day. Dieser Tag steht symbolisch für die unterschiedliche Bezahlung von Männern und Frauen. Bis dahin haben Frauen im Jahr 2019 rechnerisch ohne Bezahlung gearbeitet. Als symbolische Aktion im Nahverkehr haben deshalb die Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) speziell für Frauen ein günstigeres Nahverkehrsticket am Equal Pay Day angeboten. Der für einen Tag gültige Fahrschein ist das weltweit erste Frauenticket, heißt es in einer Mitteilung der Berliner Verkehrsbetriebe.

Das Ticket kostete 5,50 Euro und damit rund 21 Prozent weniger als das normale Tagesticket (7,00 Euro) – weil Frauen in Deutschland rechnerisch durchschnittlich 21 Prozent weniger als Männer verdienten, teilte die BVG zur Begründung mit. Über alle Branchen und Berufe hinweg bestand nach Angaben des Statistischen Bundesamts zuletzt ein durchschnittlicher Lohnunterschied von 21 Prozent. Frauen verdienen weniger, weil sie häufiger in Teilzeit und in schlechter bezahlten Berufen – zum Beispiel im sozialen Bereich – arbeiten. Rechnet man diese Faktoren heraus, verdienen Frauen für die gleiche Arbeit in Deutschland rund sechs Prozent weniger als Männer (Stand: 2014).

Dietmar Eisele, stv. Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Kreistags und Grüner Vertreter im Aufsichtsrat der Regionalverkehr Münsterland (RVM) regt an, dass die RVM als das Aushängeschild des Nahverkehrs im Münsterland sich dafür einsetzt, am Equal Pay Day 2020 ein ähnliches Angebot in ihr Portfolio aufzunehmen und sich nunmehr rechtzeitig für die entsprechende Genehmigung bei der Bezirksregierung und den beteiligten Gesellschaftern einsetzt. Zudem sind entsprechende Marketingmaßnahmen zu planen.

Eisele hat daher RVM-Geschäftsführer André Pieperjohanns gebeten, dieses Thema in die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Aufsichtsrates der RVM aufzunehmen und dort zur Diskussion zu stellen. Die Grüne Kreistagsfraktion legt die Idee zudem auch dem Verkehrsausschusses des Kreistags in seiner nächsten Sitzung zur Abstimmung vor.

NEU: BÜRGERBUS REKEN

Grüne Vertreter besuchen Gründung

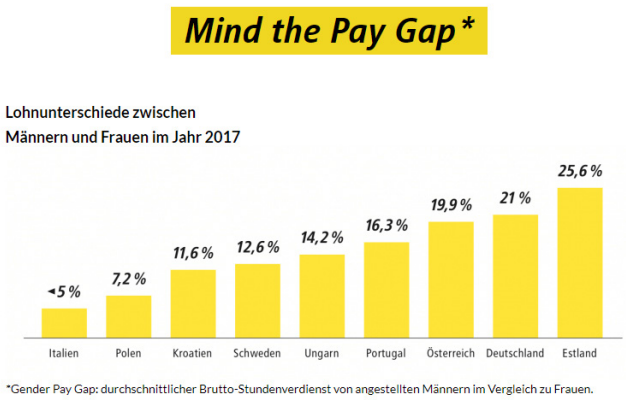
Ein eminent wichtiger Baustein im gesellschaftlichen Zusammenleben der Menschen ist die Mobilität. Viele, insbesondere ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, sind dabei auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen, weil sie nicht mehr auf ein Fahrrad oder ein Auto zurückgreifen können. Um nach wie vor bestehende Lücken in den ÖPNV-Netzen - und das sowohl in zeitlicher als auch in räumlicher Hinsicht - auszugleichen, sind vor 25 Jahren die ersten Bürgerbus-Projekte in Nordrhein-Westfalen an den Start gegangen.

Bürgerbus fahren macht Spaß. Es erhöht nicht nur die Mobilität der Menschen, sondern führt auch zu zahlreichen Kontakten zwischen Fahrgästen und Fahrern sowie den Fahrern untereinander. Bis heute haben sich auf Grundlage dieser Idee über 90 Bürgerbusvereine in NRW gegründet, um die die Beweglichkeit der Menschen zu verbessern.

Als Grundlage für den Start eines Bürgerbusses in Reken wurde jetzt der Verein „Bürgerbus Reken e.V." gegründet, der den ehrenamtlichen Fahrdienst in enger Kooperation mit der auch finanziell unterstützenden Gemeinde und dem intensiv begleitenden und konzessionsgebenden Regionalverkehr Münsterland organisieren wird. Die RVM betreut das Projekt und wird die rechtliche Verantwortung übernehmen.

Der Verein „Bürgerbus Reken e.V." ist damit bereits der achte Bürgerbusverein im Kreis Borken. Auch abseits der Fahrdienstaufgaben soll es ein reges Vereinsleben geben. Das Fahrzeug wird übrigens angeschafft und gestellt von der RVM, finanziert vom Land NRW mit Beteiligung der Gemeinde Reken. Die Reken Stiftung hat bereits signalisiert, dass sie das Bürgerbusprojekt unterstützen wird.

Unser ÖPNV-Experte Richard Henrichs war bei der Gründungsveranstaltung um sich über den Stand der Dinge zu informieren und den Akteuren viel Erfolg zu wünschen. Der Grüne Rekener Ratsherr Bernhard Lammersmann engagiert sich kpnftig auch im Verein, Er übernahm bei der Gründungsversammlung zudem das Amt des Kassenprüfers.



Wir kämpfen für Klimaschutz, Demokratie und Gerechtigkeit in Europa

Wir Grünen können unsere Ziele Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Menschenrechte nur mit einem Europa erreichen, das nach innen und nach außen stark und handlungsfähig ist. Wir haben über die europäischen Institutionen sehr viel für unsere grünen Ziele durchgesetzt. Das wollen wir auch in Zukunft!

Wir Grünen sind nicht die einzigen Pro-Europäer. Aber wir sind am eindeutigsten für progressive Veränderungen in Europa. Wir sind diejenigen, die konsequent für Veränderung in Richtung Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und europäische Handlungsfähigkeit einstehen. Die Zeit rennt, um den Klimakollaps noch aufzuhalten. Die Europawahl ist eine der letzten wichtigen Wahlen, um das Ruder noch herum zu reißen. Europa muss vorangehen, damit wir die Ziele des Pariser Klimaabkommens noch erreichen können. Im Klimaschutz liegt auch eine große Chance für neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze und Innovationen.

81% der Deutschen sind heute für Europa. Diese 81% sind für uns eine Verantwortung. Die Verantwortung, dass in Deutschland Mehrheiten entstehen, für ein mutiges Vorangehen mit Europa. Für ein solidarisches Europa. Für das Ende der Blockadepolitik der großen Koalition gegen mutige Vorschläge etwa aus Frankreich. Europa bedeutet europäische Solidarität, nicht nationales Saldo! Europa bedeutet Stärke durch Zusammenhalt, nicht Schwäche durch Spaltung! Wir wollen kein rechtes Europa, wir wollen ein gerechtes Europa.

EGW BESICHTIGUNG: 29. APRIL, 17 UHR

Grüne laden ein zur Besichtigung der EGW in Gescher Estern

Die Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH (EGW) ist als kommunales Unternehmendes Kreises Borken seit 1994 für die operativen Aufgabenbereiche Verwertung und Entsorgung der Abfälle verantwortlich.

Im Hinblick auf die Belange des Klimaschutzes haben die nachhaltige, energieeffiziente Abfallbehandlung und die Nutzung regenerativer Energien zunehmend an Bedeutung gewonnen. Konsequent verfolgen wir die Nutzung von Sonnen- und Windenergie sowie die Schonung natürlicher Ressourcen durch eine innovative und umweltschonende Abfallwirtschaft. Die EGW hält für den Kreis Borken an ihrem Hauptsitz in Gescher-Estern / Nordvelen eine Mechanisch-Biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA), eine Bioabfallkompostierungs- und Vergärungsanlage und eine Kompostierungsanlage für Grünabfälle vor.

Die Kernkompetenz der EGW liegt in der biologischen Abfallbehandlung. So werden am Standort Gescher in der MBA und der Bioabfallkompostierungs- und Vergärungsanlage die Bioabfälle aus dem Kreis Borken, dem Kreis Recklinghausen und der Stadt Dortmund verarbeitet. Auf den Kompostplätzen werden die Grünabfälle aus dem Kreis Borken verarbeitet.

LANDSCHAFTSPLAN BORKEN-SÜD: 1. APRIL, 18.30 UHR

Einladung zur Informationsveranstaltung im Grünen Büro

Bündnis 90/Die Grünen OV Borken sowie der Grünen Rats- und der Grünen Kreisfraktion Borken laden herzlich ein zu einer gemeinsamen Veranstaltung. Stefan Kranz und Tina Olthoff vom Fachbereich Natur und Umwelt der Kreisverwaltung Borken werden den Landschaftsplan Borken-Süd vorstellen und mit uns diskutieren.

Bereits am 25. Februar 2016 hat der Kreistag Borken die Aufstellung des Landschaftsplanes Borken-Süd beschlossen, der den Außenbereich des südlichen Borkener Stadtgebiets umfasst. Nun sind die umfangreichen Vorarbeiten zur Aufstellung des Landschaftsplans abgeschlossen.

Der Kreis Borken ist in 19, überwiegend an Gemeindegrenzen orientierte Gebiete eingeteilt, für die nach und nach Landschaftspläne durch die Untere Naturschutzbehörde erarbeitet und umgesetzt werden.

In den Landschaftsplänen werden die Entwicklungsziele für die Landschaft wie z.B. Erhaltung, Ergänzung, Anreicherung der Landschaftsstruktur, ökologische Verbesserung von Fliessgewässern oder auch die Wiederherstellung der geschädigten Landschaft dargestellt. Landschaftsschutzgebiete werden in den Plänen festgelegt und z.B auch besonders zu schützende Teile wie Bäume, Alleen, Naturdenkmale und Wiederaufforstung vorgeschlagen. Diese sog. Angebotsplanung ist freiwillig und umfasst Pflege- und Entwicklungsmassnahmen wie z.B. das Anpflanzen von Bäumen oder Anlage von Kleingewässern.

Landschaftspläne sind ein zentrales Instrument des Naturschutzes und deshalb auch von grosser Bedeutung für eine Weiterentwicklung unserer Landschaft hin zu mehr Naturschutz. Bevor ein Landschaftsplan rechtskräftig wird, durchläuft er ein Aufstellungsverfahren, bei dem die Bürger eine umfangreiche Mitsprache haben.

Bei der Umsetzung eines Landschaftsplanes werden Lage, Art und Durchführung der Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den Beteiligten vor Ort besprochen. Durch die sogenannte Angebotsplanung wird ein großer Gestaltungsspielraum auf freiwilliger Basis ermöglicht, wodurch insgesamt der Kooperationsgedanke gestärkt wird.